

**MINISTERIUM FÜR UMWELT,
KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Postfach 10 34 39, 70029 Stuttgart
E-Mail: poststelle@um.bwl.de
FAX: 0711 126-2881

An den
Präsidenten des Landtags
von Baden-Württemberg
Herrn Guido Wolf MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Stuttgart 04.06.2013
Name Frau Dr. Bertram-Berg
Durchwahl 0711 126-2576
Aktenzeichen 3-4643.00
(Bitte bei Antwort angeben!)

nachrichtlich

Staatsministerium

Antrag der Abg. Friedline Gurr-Hirsch u.a. CDU
– **Rechtliche und technische Voraussetzungen für die von der Landesregierung
angebotene Zwischenlagerung von hochradioaktivem Abfall aus La Hague und
Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim**
– **Drucksache 15/3507**

Ihr Schreiben vom 17.05.2013

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft nimmt zu dem Antrag wie folgt
Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *welche Castor-Typen in Philippsburg und Neckarwestheim zwischengelagert sind und inwiefern ihr bekannt ist, um welche Castor-Typen es sich bei dem noch in den Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield befindlichen hochradioaktiven Abfall aus Deutschland handelt;*

In Neckarwestheim sind die abgebrannten Brennelemente aus den beiden Druckwasserreaktoren GKN I und GKN II in Transport- und Lagerbehältern des Typs CASTOR V/19 zwischengelagert. In Philippsburg werden die Brennelemente aus dem Siedewasserreaktor KKP 1 in Transport- und Lagerbehältern des Typs CASTOR V/52 und die Brennelemente aus dem Druckwasserreaktor KKP 2 in Transport- und Lagerbehältern des Typs CASTOR V/19 zwischengelagert.

Bei den in Frage stehenden Abfällen aus La Hague und Sellafield handelt es sich um Kokillen mit mittelradioaktivem Glas (MAW-Kokillen) aus La Hague und Kokillen mit hochradioaktivem Glas (HAW-Kokillen) aus Sellafield. Für ihren Transport und die anschließende Zwischenlagerung werden die gleichen, eigens für Glaskokillen konstruierten Transport- und Lagerbehälter des Typs CASTOR HAW 28M verwendet (5 für die MAW-Kokillen aus La Hague, 21 für die HAW-Kokillen aus Sellafield).

2. *was baulich konkret geschehen müsste, um die von ihr angebotene Zwischenlagerung der Castor-Behälter aus La Hague und Sellafield in Neckarwestheim oder Philippsburg zu ermöglichen;*
3. *in welcher Höhe dadurch zusätzliche Kosten entstünden und wer diese zu tragen hätte;*
4. *welche Kosten bei einem Transport der hochradioaktiven Abfallprodukte in Castor-Behältern aus La Hague und Sellafield nach Neckarwestheim oder Philippsburg entstehen würden und wer diese Transportkosten zu tragen hätte;*

5. *ob und ggf. mit welcher Zielrichtung und welchen Ergebnissen Vertreter des Landes in dieser Frage mit der Betreiberin der in Baden-Württemberg befindlichen Zwischenlager in Kontakt getreten sind;*

Zu Ziff. 2-5:

Die Gespräche zu einer möglichen Zwischenlagerung von CASTOR-Behältern aus La Hague und Sellafield an anderen Standorten als dem bislang vorgesehenen Transportbehälterlager Gorleben führt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), das auch für die Rückführung der radioaktiven Abfälle aus dem Ausland zuständig ist. Im Rahmen dieser Gespräche sind auch Fragen nach baulichen Voraussetzungen sowie Kostenfragen zu klären.


6. *wie sich die betroffenen Regionen aktuell zu einer möglichen Zwischenlagerung positionieren;*

Der Bürgermeister von Philippsburg hat sich in einem Brief an den Umweltminister gegen eine mögliche Zwischenlagerung der fraglichen Abfälle gewandt.

7. *ob sie im Nachgang zum Antrag der Abg. Ulrich Lusche u. a. CDU – Drucksache 15/3361 – neue Erkenntnisse über eine etwaige zwischenzeitliche Bereitschaft anderer Bundesländer zur Zwischenlagerung der in Rede stehenden Castor-Behälter aus La Hague und Sellafield hat und ob sie in absehbarer Zeit mit einer entsprechenden Positionierung rechnet.*

Bisher haben nur die Länder Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg ihre Bereitschaft signalisiert, jeweils einen Teil der 26 CASTOR-Behälter aufzunehmen. Ob in absehbarer Zeit mit entsprechenden Signalen aus weiteren Ländern gerechnet werden kann, ist der Landesregierung nicht bekannt. Die entsprechenden Gespräche dazu führt das BMU.

Mit freundlichen Grüßen



Franz Untersteller MdL
Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft